

Wichard Woyke

# Politische Landschaft in Bewegung. Die Wahlen in den Niederlanden 2002/2003

## *Einleitung*

Im Mai 2002 und im Januar 2003 fanden in den Niederlanden Wahlen zur Zweiten Kammer statt. Bereits bei den Wahlen im Mai handelte es sich um vorgezogene Neuwahlen, wenn auch nur um vier Wochen. Im Januar 2003 wurden Neuwahlen für die Zweite Kammer erforderlich, weil die Regierung Balkenende, gebildet aus Christen-Demokratisch Appèl (CDA), Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD) und Lijst Pim Fortuyn (LPF), bereits nach 87 Tagen Regierungstätigkeit aufgrund innerer Zerwürfnisse keine gemeinsame Arbeit mehr leisten konnte.

Anfang April 2002 übernahm Premierminister Wim Kok, der acht Jahre lang als sozialdemokratischer Regierungschef die sogenannte ‚violette Koalition‘ aus Sozialdemokraten (Partij van de Arbeid, PvdA), Democraten 66 (D66) und der rechtsliberalen VVD angeführt hatte, die politische Verantwortung für eine Politik, die unter seinem Vorgänger Ruud Lubbers geführt worden war. Ein Untersuchungsbericht des Niederländischen Instituts für Kriegsdokumentation (NIOD) über die Vorgänge vor, während und nach dem Fall der moslemischen UN-Schutzzone Srebrenica in Ostbosnien im Juli 1995 war zu dem Ergebnis gelangt, daß sich die niederländische Regierung trotz der Übergabe der Schutzzone durch ihre Soldaten an die Truppen des Serbengenerals Mladic und das darauf folgende Massaker an über 7.000 Männern und Jungen nur wenig vorzuwerfen hätte. Das NIOD sprach kein politisches oder moralisches Urteil aus, sondern stellte fest, daß die niederländische Regierung die Entsendung eines Bataillons der Mobilien Luftbrigade nach Bosnien beschlossen, dies jedoch in unzureichendem Maße vorbereitet hatte. Kok, der zur Zeit der Entscheidungsfindung (1993) Stellvertreter Premierminister und Finanzminister und während der Zeit des Srebrenica-Dramas Ministerpräsident gewesen war, zog daraus die politischen Konsequenzen und kündigte nach dem Erscheinen des Berichts seinen Rücktritt an und ermöglichte damit Neuwahlen. Dieser Rücktritt, gedacht als honoriger politischer Akt, wurde von manchen Beobachtern als ein Versuch gewertet, die Ausgangsposition für seine Partei, die PvdA, zu verbessern. So brauchten die Sozialdemokraten in dem sich anschließenden Wahlkampf keine Rücksicht mehr auf die bisherigen und auf potenzielle Koalitionspartner zu nehmen. Kok selbst hatte bereits vorher erklärt, daß er für eine neue Legislaturperiode als Regierungschef nicht mehr zur Verfügung stünde. Die

Regierung aus PvdA, Rechts- und Linksliberalen hatte sich in den acht Jahren ihres Bestehens abgenutzt, die Persönlichkeiten hatten sich in der Regierarbeit verschlissen. Es war bereits Wochen vor dem Rücktritt Koks offensichtlich gewesen, daß diese Koalitionsregierung keine Zukunft besaß.

### *Wahlssystem und rechtliche Stellung der Parteien*

Für die Wahlen zur Zweiten Kammer wird seit 1917 ein Verhältniswahlssystem angewandt, das keine Sperrklausel kennt. So reichen für einen der 150 Parlamentssitze bereits 0,67 % der Stimmen zur Erringung eines Parlaments-sitzes aus; bei den Parlamentswahlen 1998 betrug das Quorum 57.385 Stimmen.<sup>1</sup> Niederländische Bürgerinnen und Bürger ab 18 Jahren besitzen sowohl das aktive als auch das passive Wahlrecht. Dem Wähler werden von den Parteien Listen präsentiert, wobei die Kandidaten der Listen von den Parteien aufgestellt werden. Dabei können Parteien auf einer Liste bis zu 30 Kandidaten präsentieren. Auf den ersten Plätzen dieser Listen werden fast immer die Spitzenpolitiker der Parteien positioniert. Der Wähler gibt eine Präferenzstimme für einen auf der Liste positionierten Kandidaten ab, doch spielt diese Präferenzstimme in der politischen Praxis so gut wie keine Rolle. Ca. 90 % der Wähler kreuzen bei ihren Wahlentscheidungen den ersten Namen auf der Liste an.<sup>2</sup> Die Niederlande sind ein Wahlkreis; gleichzeitig sind sie aber in 19 Kammerwahlkreise aufgeteilt, in denen die Parteien unterschiedliche Listen vorlegen können. Nur wenn die Parteien unterschiedliche Listen präsentieren, was in der jüngeren politischen Praxis nicht der Fall ist, kommt ein recht kompliziertes Verfahren zur Anwendung.<sup>3</sup> Die niederländische Wählerschaft zeichnet sich durch eine hohe Wahlbeteiligung bei den Parlamentswahlen aus. Bei elf Parlamentswahlen zwischen 1925 und 1967 beteiligten sich durchschnittlich 94,1 % der Wähler, nicht zuletzt weil damals Wahlpflicht bestand. Sie wurde 1970 aufgehoben, und in der Folge ging die Beteiligung spürbar zurück, so daß bei der ersten Wahl ohne Wahlpflicht 1971 ‚nur‘ 79,8 % der Bürgerinnen und Bürger ihre Stimmen abgaben. Inzwischen ist in den Niederlanden wie in anderen westlichen Demokratien ein allgemeiner – wenn auch leichter – Rückgang der Wahlbeteiligung zu konstatieren.

Anders als in Deutschland haben die Parteien in den Niederlanden keinen besonderen Verfassungsrang. Somit gelten sie als freie Vereinigungen und unterliegen den für Vereine und Verbände geltenden Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches. Somit gibt es auch kein Parteiengesetz, das Regeln für innerparteiliche Demokratie oder Parteienfinanzierung vorschreibt. Allerdings haben der politische Sozialisationsprozeß und die politische Kultur

- 1 Wahlquotient, errechnet sich aus den gültigen Stimmen geteilt durch 150 Sitze:  $8.607.787 : 150 = 57.385$ . Vgl. R.B. ANDEWEG/G.A. IRWIN, *Governance and Politics of the Netherlands*, Houndsmills/Basingstoke/Hampshire 2002, S. 78.
- 2 N. LEPSZY, *Das politische System der Niederlande*, in: W. ISMAYER (Hrsg.), *Die politischen Systeme Westeuropas*, Opladen 2003, S. 360.
- 3 Ebd.

in den Niederlanden dazu geführt, daß den Parteien durchaus die Legitimation zur Gestaltung von Politik durch die Gesellschaft zugewiesen wird.

Nicht zuletzt wegen der nicht existierenden Sperrklausel existiert in den Niederlanden ein Vielparteiensystem, das aufgrund des Versäulungsprozesses bis in die sechziger Jahre hinein äußerst stabil war.<sup>4</sup> In den siebziger Jahren bildete sich ein Parteiensystem heraus, das im wesentlichen auch heute noch das politische System der Niederlande strukturiert. Auf der bürgerlichen Seite bildet der Christen-Democratisch Appèl, ein in den siebziger Jahren erfolgter Zusammenschluß der Katholieke Volkspartij (KVP) mit den protestantischen Parteien Christelijk-Historische Unie (CHU) und Anti-Revolutionaire Partij (ARP), die größte politische Kraft, die nach dem Zweiten Weltkrieg fast immer an der Regierung beteiligt war. Die Volkspartij voor Vrijheid en Democratie ist eine wirtschaftsliberale Partei, die einen strengen marktwirtschaftlichen Kurs vertritt und für eine strenge Ausgabendisziplin plädiert; ihr Wähleranteil bewegte sich in den letzten drei Dekaden zwischen 15 und 25 %. Größte Partei im linken Spektrum ist die PvdA. Sie erhielt zwischen 1977 und 1998 immer zwischen 24 und 33 % der Stimmen, brach 2002 aber mit 15 % gewaltig ein. Die linksliberale Partei D66 wurde 1966 von dem Journalisten Hans van Mierlo gegründet, um die Versäulung aufzubrechen und das linke Spektrum zu einer großen Volkspartei zu entwickeln. Mit diesem Ansatz war die Partei jedoch nicht erfolgreich. Die Partei GroenLinks entstand 1989 als Zusammenschluß von kommunistischer Partei und drei anderen linken Splitterparteien. Seit 1994 ist auf der linken Seite zusätzlich die Socialistische Partij (SP) vertreten, die im Unterschied zu GroenLinks ein eher traditionelles linkes Profil hat. Schließlich hatte sich zur Parlamentswahl 2002 die Lijst Pim Fortuyn (LPF) gebildet, die auf Unzufriedene aus allen politischen Lagern zielt.

### *Wahlkampf in einem veränderten Klima und das Phänomen Pim Fortuyn*

Der Wahlkampf des Jahres 2002 vollzog sich unter dramatischen politischen Auspizien. Das in den neunziger Jahren so erfolgreiche niederländische Poldermodell, besonders von der ‚violetten Koalition‘ so beeindruckend praktiziert, erlebte bereits zu Beginn des 21. Jahrhunderts seine Grenzen. Es kam zu wirtschaftlichen Einbrüchen. Das reale Wachstum war 2001 von den in den vorherigen Jahren gewohnten 4 % auf 1,4 % zurückgefallen. Inzwischen wurde auch immer deutlicher, daß die niederländische Regierung trotz der großen Zunahme von Arbeitsplätzen ein Problem nicht hatte lösen können: Rund eine Million Beschäftigte waren seit den achtziger Jahren in die Erwerbsunfähigkeit geschickt worden, und die staatliche Rentenkasse hatte für ihre Existenz aufkommen müssen.

Aber auch im kulturellen Bereich hatten sich Veränderungen vollzogen, die das Land von einer auf religiösen Überzeugungen basierenden Gemeinschaft in eine diffuse Gesellschaft mit weniger klaren Normen und Werten

4 Vgl. LEPSZY (wie Anm. 2), S. 362.

verwandelte. Kulturrelativismus löste die Werte des Calvinismus, des Katholizismus und der Sozialdemokratie ab.<sup>5</sup> Es schien, als ob eine alles duldende Gesellschaft geboren war. Obwohl die Verbrechenzahlen explodierten, verordnete der Zeitgeist, „Kriminalität hauptsächlich im Verband mit den sozio-ökonomischen Verhältnissen des Täters zu sehen, die Strafen wurden zu symbolischen Antworten einer Gesellschaft, die kein Maß mehr kannte.“<sup>6</sup> Es schien, als ob sich die Mehrheit den neuen Freiheiten angepaßt hätte, was allerdings eine grandiose Täuschung war. Unter der Oberfläche der Gesellschaft war die Moral der Schweigenden lebendig geblieben.

### *Das Phänomen Pim Fortuyn*

Im Kern war und ist die niederländische Gesellschaft nicht so liberal und tolerant, wie sie sich selbst gerne sieht. Der Populist Pim Fortuyn sollte sich diesen Zustand zu eigen machen, indem er an den Schwachstellen des Verhältnisses von politischer Klasse und Gesellschaft für die Umsetzung seiner Ideen ansetzte. Fortuyn war eine „schillernde, charismatische und den Bedingungen und Anforderungen der modernen Medien- und Kommunikationsgesellschaft entsprechende Persönlichkeit.“<sup>7</sup> Pim Fortuyn war zunächst Soziologieprofessor, dann Kolumnist und schließlich Politiker. Er begann als Marxist, ging zu den Sozialdemokraten, wo er jedoch scheiterte. Schließlich trat er der neu gegründeten Liste Leefbaar Nederland (Lebenswerte Niederlande) bei. Die ‚Leefbaren‘ setzten zunächst an den die Bürger unmittelbar interessierenden Problemen an, wie z.B. mehr Parkplätze und schnellere Baugenehmigungen, sie kümmerten sich um Straßenreinigung, Umweltfragen und innere Sicherheit. Konzentriert auf die Gemeinden waren die Leefbaar-Parteien auf der lokalen Ebene eine pragmatische und durchaus erfolgreiche Alternative zu den etablierten Parteien. Um auch landesweit erfolgreich zu sein, fehlte ihnen eine nationale Persönlichkeit, die die Ideen der ‚Leefbaren‘ glaubhaft vermitteln konnte. In dieser Situation stieß Pim Fortuyn, der zwar über Anhänger, nicht aber über eine Partei und vor allem keine Parteiorganisation verfügte, zu den ‚Leefbaren‘. Sofort stiegen die Umfragewerte für die ‚Leefbaren‘ auf bis zu 13 % der Wählerstimmen an.<sup>8</sup> Doch als Fortuyn forderte, den Antidiskriminierungsparagrafen aus der Verfassung zu streichen und einen Einwanderungsstopp für Muslime verlangte, kam es zur Trennung zwischen dem ‚Leefbaren‘ und Pim Fortuyn. Er konnte sich nicht einordnen, geschweige den unterordnen.<sup>9</sup> Nach seinem Bruch mit der nationalen Liste Leefbaar Nederland führte er die Liste Leefbaar Rotterdam bei den Kommunalwahlen im März 2002 zu einem erdrtschartigen Sieg (35 %), seine Liste

5 Vgl. L. DE WINTER, *Auf Wiedersehen, kleines Paradies*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 26./27.10.2002.

6 Ebd.

7 LEPSZY (wie Anm. 2), S. 368.

8 Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.03.2002.

9 Vgl. J. KANTER, *Pim Fortuyn setzte stets auf den gezielten Tabubruch*, in: *Die Welt*, 08.05.2002.

wurde die größte Partei im Rotterdamer Rathaus. Auch ohne die nationale Liste Leefbaar Nederland, soviel war nach den Kommunalwahlen klar, würde er die Parteienlandschaft in den Niederlanden mit seiner inzwischen gegründeten eigenen Lijst Pim Fortuyn (LPF) ins Wanken bringen können.

Fortuyn brach mit dem Bild der liberalen niederländischen Gesellschaft. Er stellte sich bewußt außerhalb der Konsensgesellschaft und klagte deren Mißbildungen gnadenlos an. So wurde die Warnung vor dem Islam eines seiner Hauptthemen. Den Islam bezeichnete er als eine aggressive Ideologie und als rückständig: „Der Islam ist rückständig im Vergleich mit den Werten und Normen der Modernität, weil er anders als das Christen- und Judentum nicht den Prozeß der Aufklärung durchgemacht hat.“<sup>10</sup> Gerade vor dem Hintergrund des 11. September mit den terroristischen Anschlägen auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington durch radikale Muslime hatte sich in der niederländischen Gesellschaft ein Einstellungswandel gegenüber dieser Gruppe vollzogen. Fortuyn gab außerdem Parolen gegen Ausländer von sich. Seine Botschaft war, daß die Niederlande die Aufnahme weiterer Ausländer nicht mehr vertragen. Somit lenkte Fortuyn viele Dinge ins Rampenlicht der Öffentlichkeit, die bislang verschwiegen worden waren. Was bis zu seinen politischen Auftritten als politisch inkorrekt galt, wurde nun in der niederländischen Gesellschaft offen diskutiert. Dem begnadeten Rhetoriker – aber gleichzeitig auch gefährlichen Polarisierer – war es gelungen, den latenten Rassismus der niederländischen Gesellschaft an die Oberfläche zu befördern. Parallel dazu stieß er mit seinen Klagen über mangelnde Dienstleistungen, korrupte Geschäftspraktiken und schlechte Arbeitsmoral auf breite Zustimmung in der Gesellschaft. Er fühlte sich – und war auch – eine zeitlang im Einklang mit dem Zeitgeist. Fortuyn und seine Unterstützer traten für einen strengeren Staat, für die Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung konservativer Werte sowie die Abschaffung der weitgehend praktizierten Duldungspolitik ein. Die Forderung, daß Geld aus der staatlichen Versicherung für Berufsunfähige nur noch Menschen bekommen dürften, die tatsächlich durch ihre Arbeit krank geworden sind, fand nicht nur auf dem rechten Rand des politischen Spektrums durchaus Zustimmung. Mit seiner drastischen Art widersprach Fortuyn erfolgreich der in Jahrzehnten entwickelten politischen Kultur. Die Konsensdemokratie war ihm zuwider, und er setzte bewußt auf den Tabubruch. In der Mediengesellschaft wurde der begnadete Redner Fortuyn umso stärker wahrgenommen, als ihm in den etablierten Parteien kein adäquater Politiker gegenüberstand, der in der Lage gewesen wäre, ihn zu entzaubern. Nicht zuletzt aufgrund seines Charismas wurde die Unterstützung für Fortuyn immer stärker. Hinter ihm versammelte sich auf der LPF eine heterogene Schar Politiker, die früher teilweise in anderen Parteien ihre politische Heimat besessen hatten, aber kaum über politische Erfahrung verfügten.

Am 6. Mai 2002, gut eine Woche vor dem Wahltermin, wurde Pim Fortuyn von einem weißen Niederländer nach einem Radiointerview in Hilversum erschossen. Diese Tat war der erste politische Mord in der niederländi-

10 Interview mit *Die Welt*, 07.05.2002.

schen Geschichte seit über 330 Jahren. Das Attentat hat die niederländische Gesellschaft vollkommen schockiert. Ähnlich wie in Schweden bis zum Attentat auf Ministerpräsident Olof Palme glaubte man, daß man in einem kleinen Land eine derartige Toleranz entwickelt habe, daß Polizeischutz für Politiker nicht erforderlich sei. Das Attentat hatte eine Gesellschaft mit voller Wucht getroffen, die einfach nicht glauben konnte, daß in ihrem Land der traditionellen Toleranz überhaupt ein politischer Mord geschehen konnte. Sollte man den Wahlkampf absetzen? Sollte man den Wahltermin verlegen? Konnte angesichts dieser ungeheuerlichen politischen Mordtat noch eine ordnungsgemäße Wahl abgehalten werden? Mußten nicht der LPF, sofern sie zu der Wahl antreten würde, ein großer Mitleidbonus zufallen, oder würden aufgrund des Todes des einzigartigen Listenführers die potenziellen Wähler der Liste den Rücken kehren? Diese und weitere Fragen stellte man sich nach dem 6. Mai in den Niederlanden. In Übereinstimmung mit den Politikern der Lijst Pim Fortuyn wurde am vorgesehenen Wahltag, dem 15. Mai, festgehalten, der Wahlkampf jedoch wurde abgebrochen. Auch die Lijst Pim Fortuyn entschloß sich, an der Wahl teilzunehmen, wenngleich ihr auf dem Wahlzettel vermerkter Spitzenkandidat bereits tot war.

#### *Das Wahlergebnis vom 15. Mai 2002 – ein politischer Erdbeben*

Die Wahlen zur Zweiten Kammer am 15. Mai 2002 fanden unter ungewöhnlichen Umständen statt. Niemals zuvor war eine Wahl nur vier Wochen nach dem kollektiven Rücktritt einer Regierung sowie neun Tage nach der Ermordung eines Parteiführers abgehalten worden. Auch das Wahlergebnis war außergewöhnlich. Noch nie zuvor gelangten so viele neue Parlamentarier, nämlich 59 von 150, in die Zweite Kammer. Nie zuvor war eine amtierende Regierung derart abgestraft worden, verlor sie doch mit 46 ihrer 97 Mandate fast die Hälfte ihres bisherigen Bestands. Folgerichtig verlor die PvdA ihre führende Rolle im niederländischen Parteiensystem und sackte von 29,0 % auf 15,0 % bzw. von 45 Sitzen auf 23 Sitze ab. Ihr Koalitionspartner, die Democraten 66, wurden von 9,0 % auf 5,1 % bzw. von 14 auf 7 Sitze halbiert. Der dritte Partner der ‚violetten Koalition‘, die rechtsliberale VVD, schließlich ging von 24,7 % auf 15,4 % bzw. von 38 auf 23 Sitze zurück. Die Gewinner der Wahl waren die beiden Parteien, die der ‚violetten‘ Dreiparteienkoalition den Kampf angesagt hatten. Der CDA steigerte seinen Wähleranteil von 18,4 % auf 28 % und erhöhte seine Mandatszahl von 29 auf 43 Sitze. Dank dieses großen Zugewinns wurde der CDA zur stärksten Fraktion in der Kammer. Eigentlicher Gewinner allerdings war die Lijst Pim Fortuyn, die aus dem Stand heraus 17 % bzw. 26 Mandate erreichen konnte. Damit wurde die LPF zweitstärkste Fraktion in der Kammer. Die Zersplitterung des Parteiensystems war offenkundig. Außer den Christdemokraten erhielt keine Partei mehr als 20 % der Wählerstimmen. Somit waren in der 18. Wahlperiode nach dem Zweiten Weltkrieg nicht weniger als 10 Parteien in der Zweiten Kammer vertreten. Untersucht man das Wahlverhalten im Längsschnitt, so läßt sich klar erkennen, daß die Tendenz zum Wechsel bei den Wählern seit den acht-

ziger Jahren deutlich angestiegen ist. Auch wird im Wahlergebnis deutlich, daß Regierungsverantwortung bei Wahlen nicht immer honoriert wird.

Noch nie hat es bei Parlamentswahlen in den Niederlanden eine Wählerwanderung derartigen Ausmaßes gegeben. Ihre Ursachen sind unterschiedlicher Art und liegen nicht allein in dem Aufkommen einer rechtspopulistischen Partei mit einem Parteiführer, der bewußt den Tabubruch suchte. Verschiedene Probleme wie etwa die Migrationsfrage und die Probleme im Gesundheitswesen waren tabuisiert bzw. bagatellisiert worden. Punktuell zeigte sich darüber hinaus Unzufriedenheit über die steigende Kriminalität. Die nicht geglückte Integration von Ausländern wie auch die Mißstände im Gesundheitswesen waren für einige Wähler Gründe, die LPF zu unterstützen. Daß die Sozialdemokraten fast die Hälfte ihrer Parlamentssitze verlor, war ein Schock für die PvdA; noch in der Nacht gab der auf Wim Kok folgende Spitzenkandidat Ad Melkert aufgrund des schlechten Wahlergebnisses seinen Rücktritt von diesem Amt bekannt. Die PvdA wurde nicht nur abgewählt, sondern sie wurde regelrecht abgestraft und gedemütigt. Es war das schlechteste Ergebnis in ihrer Geschichte. Erste Analysen haben gezeigt, daß der Verlust der PvdA vor allem deshalb so hoch ausfiel, weil sie sowohl an die linke Socialistische Partij als auch an die alternative GroenLinks und die rechtspopulistische LPF Stimmen abgeben mußte.<sup>11</sup> Auch die VVD hat Stimmen an die LPF abgeben. Der VVD-Spitzenkandidat Hans Dijkstal trat unmittelbar nach der Niederlage zurück und wurde durch den bisherigen Finanzminister Gerrit Zalm im Fraktionsvorsitz ersetzt. Dem Christen-Democratisch Appèl haben die Wähler nach acht Jahren Opposition eine erneute Chance eröffnet, die Regierung zu führen. Mit dem neuen Spitzenkandidaten Jan Peter Balkenende entsandte der CDA einen unverbrauchten Politiker in den Wahlkampf, der seine kurze Karriere als nationaler Politiker erst im Jahr 1998 mit einem Abgeordnetenmandat begonnen hatte. Ende 2001 löste er den glücklosen Jaap de Hoop Scheffer als CDA-Fraktionsvorsitzenden ab und avancierte zum Spitzenkandidaten der Partei.<sup>12</sup> Der Erfolg des CDA wird u.a. damit erklärt, daß nach dem Tode Fortuyns einige Wähler, die ursprünglich die LPF wählen wollten, letztlich davor zurückgeschreckt sind und daher für den CDA gestimmt haben.<sup>13</sup>

### *Die Regierung Balkenende – Kurzzeitkabinett mit beschränkter Haltbarkeit*

Die Bildung einer Regierung ist im niederländischen Regierungssystem ein umständliches Verfahren. Die Königin ernennt nach Gesprächen mit dem Vizepräsidenten des Staatsrates, den Präsidenten der beiden Parlamentskammern sowie den Fraktionsvorsitzenden einen sogenannten Informateur. Die-

11 Vgl. P. VON HEYGGENDORFF, *Deutlicher Rechtsruck in den Niederlanden*, in: *Das Parlament*, Nr. 21, 24.05.2002.

12 Vgl. F.-J. REUTER, *Die Niederlande nach den Wahlen – eine Regierung auf schwachem Fundament*, in: *KAS-Auslandsinformationen*, Nr. 9 (2002), S. 12.

13 B. VAN DEN BRINK, *Konservativ gelandet. Fortuyns Sieg und Niederlage – Holland nach der Wahl*, in: *Frankefurter Rundschau*, 17.05.2002.

ser führt Sondierungsgespräche mit den Fraktionen, führt den Prozeß der Regierungsbildung durch und schlägt am Ende seiner oft wochenlangen Beratungen der Königin einen Formateur vor. Der Formateur bemüht sich mit den beteiligten Fraktionsführungen um die Formulierung eines Regierungsprogramms und präsentiert der Königin die Vorschläge über den Ministerpräsidenten und die Minister. Anschließend wird die Regierung von der Königin vereidigt.<sup>14</sup> In der Regel wird der Formateur auch Ministerpräsident.

Nachdem nun der von der Königin berufene Informateur, der CDA-Politiker Donner, nach der Wahl vom 15. Mai 2002 mehrere Möglichkeiten zur Regierungsbildung eruiert hatte, kam er zur Überzeugung, daß eine Koalition aus CDA, VVD und LPF die besten Aussichten hätte. Wie unsicher auch immer solch eine Koalition eingeschätzt werden mochte – der Wähler hatte sich mit seiner Entscheidung die LPF als zweitstärkste Fraktion als eine der Regierungsparteien gewünscht. So wurde unter der Führung des Informateurs zunächst die inhaltliche Koalitionsvereinbarung ausgehandelt und anschließend in den Fraktionen und im Parlament diskutiert. Danach wurde Jan Peter Balkenende zum Formateur bestellt. Die Regierungsbildung erfolgte 2002 relativ schnell, wurden doch nur 68 Tage benötigt, während 1998 noch 102 Tage für die Regierungsbildung gebraucht worden waren. Balkenende bildete eine Regierung aus CDA, VVD und LPF. Die neue Regierung konnte sich mit 93 von 150 Sitzen auf eine breite Mehrheit in der Kammer stützen. Dem Kabinett gehörten 14 Minister und 14 Staatssekretäre an. Der CDA stellte einschließlich des Regierungschefs sechs Minister und fünf Staatssekretäre. Neben dem Amt des Ministerpräsidenten erhielt er die Ressorts Justiz, Bildung, Soziale Angelegenheiten, Agrarwirtschaft und Auswärtiges. Die LPF erhielt vier Ministerposten und fünf Staatssekretäre, nämlich die Ministerien für Wirtschaft, Gesundheit, Verkehr und Wasser sowie das neue Ministerium für Ausländerpolitik, Asyl und Integration, das dem Justizministerium angegliedert wurde. Die rechtsliberale VVD erhielt vier Minister und Staatssekretäre und wurde zuständig für Finanzen, Inneres, Verteidigung, Raumordnung und Umwelt. In der Öffentlichkeit wurde die mangelnde Vertretung von Frauen im Kabinett kritisiert. Mit Maria van der Hoeven für den CDA war eine einzige Frau im Ministerrang vertreten (Bildung, Kultur und Wissenschaften); allerdings enthielt das erste Kabinett Balkenende fünf Staatssekretärinnen. Inhaltlich einigten sich die Parteien auf Kompromisse, wenngleich deutlich wurde, daß die Ideen Fortuyns durchaus ihre Spuren in der Koalitionsvereinbarung, insbesondere in der Asyl- und Ausländerpolitik, hinterließen. So wurden das Immigrations- und Ausländergesetz verschärft, will man doch demnächst weniger Asylbewerber in die Niederlande einlassen.<sup>15</sup> Künftig soll es strengere Grenzkontrollen und eine erschwerte Zusammenführung von Familien geben. In Zukunft sollen Ausländer bis zu 6.600 Euro für den obligatorischen Einbürgerungskurs zahlen, wovon sie nur bei erfolgreichem Abschluß die Hälfte zurückerhalten. Ausländer, die sich bei der Einreise nicht ausweisen können, sollen demnächst keinen Asylantrag mehr stellen dürfen. Mit dem neuen Berufsunfähigkeitsgesetz soll die Zahl der Berufsunfähigen

<sup>14</sup> Vgl. LEPSZY (wie Anm. 2), S. 357.

<sup>15</sup> Vgl. *Süddeutsche Zeitung*, 12.06.2002.

um etwa 40 % gesenkt werden. Der CDA setzte Steuererleichterungen für Familien mit Kindern durch, die LPF konnte sich bei der Streichung der Sondersteuer auf Kraftstoffe durchsetzen, während die VVD durchsetzte, daß ein Teil der Immobiliensteuer abgeschafft wurde.

Problematisch für die Regierung Balkenende war ihre Heterogenität, und hier spielte insbesondere die Lijst Pim Fortuyn eine destruktive Rolle. Sie bildete von Anfang an einen großen Risikofaktor für eine erfolgreiche Regierungsarbeit. Es war unklar, welchen Weg die LPF nach dem Tode ihres Spitzenkandidaten gehen würde. Würde sie sich zu einer ‚normalen‘ Partei im politischen System entwickeln, oder würde sie die radikalen Positionen, die ihr Parteiführer im Vorwahlkampf und während des Wahlkampfes vertreten hatte, fortsetzen? Würde der CDA gezwungen, das Gedankengut der LPF zumindest in Teilen zu übernehmen? Darüber hinaus war deutlich geworden, daß die Minister der LPF wie auch die Mitglieder der LPF-Fraktion weitgehend politisch unerfahrene Persönlichkeiten waren, deren einzige Gemeinsamkeit darin bestanden hatte, sich um Pim Fortuyn zu scharen. Sehr schnell zeigte sich, daß innerhalb der LPF Machtkämpfe ausbrachen und die Partei sich weitgehend mit innerparteilichen Konflikten beschäftigte. Unmittelbar nach dem Tod Fortuyns kam es zu Machtkämpfen um die politische Führung innerhalb der Partei, die der bisherige Parteisprecher Mat Herben übernahm. Herben wurde zum Fraktionsvorsitzenden gewählt, trat jedoch aufgrund zunehmender Kritik an seiner Amtsführung bereits Anfang August wieder von diesem Amt zurück.<sup>16</sup> Sein Nachfolger als Fraktionsvorsitzender wurde Harry Wijnschenk, der ohne parlamentarische Erfahrung eine schwierige Aufgabe übernahm.

Nur 87 Tage nach ihrer Vereidigung brach die aus CDA, VVD und LPF bestehende Regierung Balkenende auseinander. Keine Regierung nach dem Zweiten Weltkrieg war in den Niederlanden kürzer im Amt gewesen, wenngleich es durchaus mehrere Kurzzeitregierungen im Polderland gegeben hatte.<sup>17</sup> Bedingt wurde das Scheitern der Regierung durch einen wochenlangen innerparteilichen Machtkampf innerhalb der LPF zwischen den beiden LPF-Ministern Herman Heinsbroek (Wirtschaft) und Eduard Bomhoff (Gesundheit) um den Parteivorsitz. Während der gesamten Regierungszeit hatte sich die Partei handlungsunfähig gezeigt, hatte sie doch zweimal in dieser kurzen Zeitspanne aufgrund von Diadochenkämpfen den Fraktionschef ausgetauscht. Der Streit zwischen den beiden zurückgetretenen Ministern um die Parteiführung, die zuletzt nicht einmal mehr miteinander sprachen, hatte die Lijst Pim Fortuyn nicht nur in völlige Verwirrung gestürzt, sondern handlungsunfähig gemacht. Fraktionsmitglieder, die dem Parteivorstand ‚diktatorisches Auftreten‘ und ‚Unfähigkeit‘ vorgeworfen hatten, wurden ausgeschlossen. Aufgrund der Lähmung der LPF blieb Ministerpräsident Balkenende keine andere Möglichkeit, als den Rücktritt zu erklären. Balkenende hatte allerdings kaum Bemühungen unternommen, die Koalition zu retten, da er auf einen Bruch der Regierung spekulierte.

<sup>16</sup> Vgl. REUTER (wie Anm. 12), S. 7.

<sup>17</sup> Vgl. LEPSZY (wie Anm. 2), S. 357.

Somit scheiterte nach noch nicht einmal 100 Tagen Regierungstätigkeit ein Experiment, das mit der Einbeziehung von Rechtspopulisten, die keinerlei parlamentarische Erfahrung besaßen, als ein großes Wagnis bezeichnet werden muß. Die Schuld am Scheitern dieses Experiments wurde in erster Linie der LPF zugewiesen, da sie außer Chaos, Querelen und Eifersüchteleien nichts zu bieten hatte. Durch die Regierungsbeteiligung wurde die Protestpartei sehr schnell entzaubert und verlor ihren Rückhalt bei den Wählern. Gerade das Gerangel um Posten und Positionen, das die LPF den etablierten Parteien immer vorgeworfen hatte, wurde nun von ihren eigenen Mitgliedern praktiziert. Das bedeutete, daß die Wähler in der LPF auch keine überzeugende Alternative zu den Altparteien erkannten. Ministerpräsident Balkenende ließ die Streitpartner vielleicht zu lange gewähren und tat kaum etwas zur Entschärfung der Situation. Aber auch der langjährige Politikprofi und VVD-Fraktionsvorsitzende Gerrit Zalm tat nichts, um den Zusammenbruch der Koalition zu verhindern. Hier wurde eine gewisse Taktik deutlich, daß man in der VVD nach dem Zusammenbruch der Regierung hoffte, die von der VVD an die LPF übergelaufenen Wähler zurückzugewinnen.

### *Die Wahlen vom 22. Januar 2003 – Rückkehr zur Normalität?*

Acht Monate nach dem Wahlschock vom Mai 2002 fand ein erneuter Wahlgang zur Bestimmung der Stärkeverhältnisse in der Zweiten Kammer statt. Zwölf Millionen Wählerinnen und Wähler waren zur Stimmabgabe aufgerufen. 19 Parteien bewarben sich um die 150 zu vergebenden Sitze in der Zweiten Kammer. Die politische Landschaft in den Niederlanden war in großer Bewegung. Die niederländische Wählerschaft schien sprunghaft. Ein großer Teil schwankte von rechts nach links außen. Zu Beginn des Wahlkampfes eröffneten demoskopische Umfrageergebnisse vor allem der linken Socialistische Partij mit ihrem Spitzenkandidaten Jan Marijnissen gute Chancen und sagten ihr mit 22 Sitzen ein Ergebnis voraus, das sich dem von der PvdA bei der Wahl 2002 erzielten Ergebnis annäherte. Marijnissen schien die Rolle Pim Fortuyns auf der Linken zu spielen, vertrat er doch mit der sozialistischen Partei unreal erscheinende Ziele: „Das Parteiprogramm der niederländischen Sozialisten stellt sich außerhalb der internationalen Realität: Die Sozialisten sind gegen die NATO, die Europäische Union, die Weltbank, die Welthandelsorganisation und gegen eine Teilnahme der Niederlande an einem möglichen Irakfeldzug. Sie fordern keine weitere Privatisierung des öffentlichen Verkehrssystems, sondern dafür höhere Unterstützungsbeihilfen, eine Einkommenssteuer von 72 % und Abgaben auf Flugzeugkerosin.“<sup>18</sup> Dann verbesserten sich die Chancen für Christdemokraten und Liberale, bei den kommenden Wahlen als eindeutige Sieger hervorzugehen. Doch mit dem Näherücken des Wahltags holten die Sozialdemokraten auf, so daß die Meinungsforschungsinstitute am Ende ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen CDA und PvdA voraussagten. Der Lijst Pim Fortuyn, die sich ebenfalls wieder um den

18 *Süddeutsche Zeitung*, 26.11.2002.

Einzug in die Zweite Kammer bewarb, wurden zu Beginn des Wahlkampfes lediglich zwei Mandate prognostiziert. Der Wahlkampf wurde vornehmlich im Fernsehen und weniger auf der Straße geführt. Die Inhalte ähnelten sehr stark dem Wahlkampf vom Mai 2002: Es ging um das Problem der inneren Sicherheit, Verkehrsprobleme auf Straße und Schiene, Gesundheitspolitik und vor allem Ausländerpolitik. Meinungsunterschiede zwischen den Spitzenkandidaten konnten kaum ausgemacht werden. Noch am Wahltag lag die Zahl der unentschlossenen Wähler bei 31 %.<sup>19</sup> Wichtigste Themen des Wahlkampfes waren die innere Sicherheit, Ausländerpolitik, Gesundheitspolitik, Europapolitik und ein möglicher Krieg im Irak.

Sieger der Wahl wurde der CDA, der seinen Wähleranteil leicht von 27,9 auf 28,6 % erhöhen konnte. Das bedeutete einen Zuwachs um ein Mandat auf nun 44 Sitze. Zweitstärkste Kraft und eigentlicher Gewinner der Neuwahl wurde die PvdA, die sich von 15,1 % auf 27,3 % katapultieren konnte. Die PvdA gewann 19 Mandate hinzu und verfügt in der neuen Kammer über 42 Sitze. Der Gewinn der PvdA muß allerdings relativiert werden, hatte sie doch 2002 das schlechteste Wahlergebnis eingefahren, während sie seit den siebziger Jahren immer zwischen 24 und 33 % der Stimmen erhalten hatte. Drittstärkste Partei wurde wiederum die VVD, die sich leicht von 15,4 % auf 17,9 % steigern konnte. Die VVD gewann vier Mandate hinzu und verfügt in der neuen Kammer über 28 Mandate. Insgesamt wuchsen die drei großen Parteien um 15,4 % und erhielten insgesamt 74 % der Stimmen. Damit erreichten die drei Parteien deutlich mehr Stimmen als 1994; damals waren sie zusammen nur auf 66 % der Wählerstimmen gekommen. Viertstärkste Partei wurde die Socialistische Partij, die sich leicht um 0,4 % auf 6,3 % verbessern konnte. Allerdings konnte sie kein Mandat hinzugewinnen und behielt ihre neun Mandate. GroenLinks erhielt nur noch 5,1 %; die Partei verlor damit 1,9 % bzw. zwei Mandate und besitzt nur noch acht Mandate. Ebenfalls Stimmen verloren haben die linksliberalen Democraten 66, die einen Rückgang von 5,1 % auf 4,1 % Stimmen hinnehmen mußten. Sie sind nur noch mit sechs Abgeordneten in der Kammer vertreten. D66 erzielte das schlechteste Ergebnis, seitdem die Partei sich an den Wahlen zur Zweiten Kammer beteiligt. Größter Verlierer der Wahl wurde die Lijst Pim Fortuyn. Sie fiel von 17,0 % auf 5,0 %. Von ihren 26 Mandaten kehrte sie nur noch mit acht Mandaten in die neue Kammer zurück. Dies war jedoch immer noch mehr, als viele Beobachter erwartet hatten. Die LPF hatte aufgrund ihrer internen Machtkämpfe und teilweise skurriler Vorschläge ihrer Minister (z.B. in der Ausländerfrage) viel von ihrem ursprünglichen Kredit verspielt, so daß die LPF diesmal abgestraft wurde. Neben diesen Parteien sind noch die religiös orientierte ChristenUnie mit vier und die ebenfalls religiös ausgerichtete Staatskundig Gereformeerde Partij mit zwei Sitzen in der Kammer vertreten. Die im Mai mit zwei Abgeordneten in die Kammer eingezogene populistische Partei Leefbaar Nederland konnte diesmal keinen Abgeordneten nach Den Haag entsenden. Die Wahlbeteiligung erhöhte sich gegenüber 2002 leicht und stieg von 78,9 % auf 79,9 %.

<sup>19</sup> Vgl. *Süddeutsche Zeitung*, 23.01.2003.

Das Wahlverhalten unterscheidet sich deutlich, wenn man die Stimmabgabe in Städten und auf dem Land untersucht. Der CDA hat besonders im primär katholischen Süden des Landes gut abgeschnitten, während die PvdA vor allem in den Städten, und hier wiederum in den vier großen Städten des Landes (Amsterdam, Rotterdam, Den Haag und Utrecht), starke Gewinne zu verzeichnen hatte. So verlor die LPF ihre vermeintliche Hochburg Rotterdam, wo die PvdA deutliche Gewinne zu verzeichnen hat. Vom starken Einbruch der LPF profitierten überdurchschnittlich die Rechtsliberalen, rund 18 % der früheren LPF-Wählerschaft votierte diesmal für die VVD.<sup>20</sup>

Der Erfolg der Sozialdemokraten ist vor allem auf den neuen, 39-jährigen Spitzenkandidaten Wouter Bos zurückzuführen, der erst im November 2002 an die Führungsspitze der PvdA gelangt war. Er verkörperte einen glaubwürdigen Wechsel innerhalb der Partei. Bos hatte darüber hinaus erklärt, nicht Ministerpräsident werden zu wollen. Für dieses Amt nominierte er fünf Tage vor der Wahl den populären Amsterdamer Bürgermeister Job Cohen, der im Kabinett Kok ebenfalls wie Bos bereits einmal Staatssekretär gewesen war. Damit machte Bos erstmals deutlich, daß er sogar mit der Möglichkeit rechnete, daß die PvdA den Ministerpräsidenten stellen könnte. Bos konnte sich im Medienwahlkampf außerordentlich gut behaupten.

Das Wahlergebnis scheint auf den ersten Blick die alte Parteienlandschaft der Niederlande wiederherzustellen. Die Wählerwanderung von rechts in die Mitte hat sich erneut vollzogen. Die Lijst Pim Fortuyn allein hat 70 % ihrer Sitze eingebüßt und eine fast gleiche Anzahl von Wählern verloren. Die Populisten wurden in der Regierung entzaubert und trugen dazu selbst das meiste bei. Das Experiment des Rechtspopulismus scheint vorerst beendet. Die Mehrzahl der früheren LPF-Wähler hat die Verantwortung wieder in die Hände der gemäßigten, etablierten Parteien gelegt. Dennoch sind deutliche Veränderungen in der niederländischen Gesellschaft zu erkennen. Das offene Toleranzmodell hat seinen Charme verloren, und die Ideen von Pim Fortuyn spielten sowohl in der ersten Regierung Balkenende als auch im Wahlkampf 2003 eine wichtige Rolle. So sprach sich auch der neue sozialdemokratische Spitzenkandidat Wouter Bos für eine Verschärfung der Ausländerpolitik aus. Die Verharmlosung der fehlgeschlagenen Ausländerintegration, über die aufgrund von political correctness in den letzten Jahren wenig gesprochen wurde, wird in Zukunft von den politischen Parteien nicht weiter praktiziert werden können. Das bedrückende Gefühl aus Entfremdung, Desillusionierung und Wertemangel, das in den letzten Jahren wie Mehltau über dem Land gelegen hatte, wurde von Fortuyn thematisiert und von großen Teilen der Gesellschaft dankbar aufgenommen und in Wahlen verarbeitet. Die etablierten Parteien mußten erkennen, daß sich unterhalb der Oberfläche Ärger, Verdruß, ja sogar Wut gegen die Entwicklung des niederländischen Systems angestaut hatten. Die Konsequenz ist die Abkehr vom Toleranzmodell sowie ein neues Verhältnis von Politikern und Bürgern, das durch eine direkte Kommunikation gekennzeichnet wird.

<sup>20</sup> Vgl. *Neue Zürcher Zeitung*, 24.01.2003.

Parlamentswahlen zur Zweiten Kammer 1994–2003 (Auswahl, Angaben in Prozentpunkten):

Partei / Jahr	1994	1998	2002	2003
<b>CDA</b> (Christen-Demokratisch Appèl)	22,2	18,4	28,0	28,6
<b>PvdA</b> (Partij van de Arbeid)	24,0	29,0	15,1	27,3
<b>VVD</b> (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie)	19,9	24,7	15,4	17,9
<b>SP</b> (Socialistische Partij)	1,3	3,5	5,9	6,3
<b>GroenLinks</b>	3,5	7,3	7,0	5,1
<b>D66</b> (Democraten 66)	15,5	9,0	5,1	4,1
<b>LN</b> (Leefbaar Nederland)	-	-	1,6	0,4
<b>LPF</b> (Lijst Pim Fortuyn)	-	-	17,0	5,7

Die von Ministerpräsident Balkenende angestrebte Koalition aus CDA und VVD kann zumindest nicht als Mehrheitsregierung gebildet werden, da den Parteien mindestens vier Mandate für eine Mehrheit in der Zweiten Kammer fehlen. Die fehlenden Mandate könnte zwar die LPF einbringen, doch nach den mehr als negativen Erfahrungen aus der nur knapp dreimonatigen Regierungszeit dürfte sich innerhalb der Fraktionen von CDA und VVD kaum eine Mehrheit für die Fortsetzung der Koalition mit den unerfahrenen und kaum verlässlichen LPF-Abgeordneten finden lassen. Eine andere Koalitionsmöglichkeit bestände rechnerisch im Zusammengehen von CDA und VVD mit den Democraten 66; diese drei Parteien kämen auf 78 Mandate. Doch D66 hat bereits einen Eintritt in eine solche Koalition abgelehnt. So bleibt eigentlich nur eine Koalition aus CDA und PvdA. Mit 86 Mandaten

verfügte solch eine Regierung tatsächlich über eine stabile Mehrheit in der Kammer. Doch ob die beiden Parteien auch programmatisch zueinander finden können, bleibt erst einmal abzuwarten, auch wenn die Niederländer mehrheitlich eine derartige Regierung wollen. Die Niederländer bevorzugen diese Konstellation, die man in Deutschland als Große Koalition bezeichnen würde. Ob allerdings durch solch eine Koalition der nicht zuletzt durch die Wahlen von 2002 eingeleitete Prozeß der aktiveren Zusammenarbeit zwischen Politik und Gesellschaft beibehalten oder gar ausgebaut werden kann, ist mehr als eine offene Frage.